

Pressemitteilung, 31.03.2026

Pena-Ger e.V. zum Besuch von Ahmed al-Scharaa: Keine Abschiebeteils mit Kriegsverbrechern

Pena-Ger e.V. kritisiert den angekündigten Besuch des syrischen Interimspräsidenten Ahmed al-Scharaa am heutigen Montag, den 30. März, scharf. Der geplante Empfang steht aus Sicht des Vereins sinnbildlich für eine Politik, die menschenrechtliche Grundsätze zugunsten migrationspolitischer Interessen zu relativieren droht.

Während in Berlin und Brüssel Gespräche über einen vermeintlichen ‚Wiederaufbau‘ Syriens und eine Zusammenarbeit mit dem Übergangsregime geführt wurden, bleibt die Realität für viele Menschen vor Ort unverändert dramatisch. Systematische Gewalt, Vertreibungen und existenzielle Bedrohung prägen weiterhin den Alltag. Besonders betroffen sind Kurd*innen, Jesid*innen, Christ*innen, Drus*innen, Alawit*innen, Kinder, Frauen sowie LGBTQIA+-Personen, die nach wie vor massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Parallel dazu sind auf europäischer Ebene finanzielle Unterstützungsmaßnahmen versprochen worden, während politische Strategien zunehmend darauf abzielen, Abschiebungen in unsichere Regionen zu normalisieren. Diese Politik verschiebt Verantwortung, verschärft Fluchtursachen und setzt schutzsuchende Menschen erneut erheblichen Gefahren aus.

Der angekündigte Besuch steht im Kontext politischer Bestrebungen, Abschiebeteils mit autoritären und menschenrechtsverletzenden Regimen voranzutreiben. Vergleichbare Abkommen, etwa mit der Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan, haben gezeigt, dass solche Kooperationen vor allem migrationspolitischen Interessen dienen und nicht dem Schutz von Menschen.

Beybûn Seker, Gründerin und Erstvorsitzende von Pena-Ger e.V., erklärt: „Bei den Gesprächen heute mit dem islamistischen Übergangspräsidenten Al-Scharaa ging es um Abschiebung. Merz spricht davon, 80 Prozent aller Syrerinnen *abzuschicken*. *Dieses Treffen markiert eine Zäsur und wird auf dem Rücken geflüchteter Menschen ausgetragen. In Syrien herrscht weiterhin Gewalt, insbesondere gegen Kurdinnen, Christinnen, Alawitin, Drusinnen und Jesidinnen*. Das ist ein Desaster und ein fatales Signal. Solange Syrien kein sicheres Land ist, dürfen Abschiebungen weder politisch gefordert noch praktisch umgesetzt werden. Stattdessen braucht es Schutz, Perspektiven und eine verantwortungsvolle Politik gegenüber denjenigen, die vor Krieg, Verfolgung und Gewalt geflohen sind!“

Wir fordern als bundesweite Online-Beratungsstelle für Geflüchtete:

- Ein sofortiger Stopp aller Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete!
- Eine konsequent menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik statt Abschreckungspolitik!
- Umfassender Schutz für alle Geflüchteten – unabhängig von Herkunft, Religion oder Identität!
- Keine Abschiebeteils und migrationspolitischen Abkommen auf Kosten von Schutzsuchenden!

- Keine politische Legitimierung von Regimen, die schwere Menschenrechtsverbrechen begehen!

Darüber hinaus schließt sich Pena-Ger e.V. ausdrücklich den Forderungen von PRO ASYL und den Flüchtlingsräten der Bundesländer an und unterstützt diese:

- Einen sofortigen und uneingeschränkten Abschiebestopp nach Syrien.
- Keine Ablehnungen im Asylverfahren von syrischen Schutzsuchenden, insbesondere Schutz für Angehörige von Minderheiten und andere vulnerable Gruppen.
- Keine Widerrufsverfahren, solange Gewalt, Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen andauern.
- Keine politische Normalisierung oder diplomatische Aufwertung von Akteuren, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.
- Eine Syrien-Politik, die sich an Menschenrechten, Schutz und langfristiger Stabilität orientiert – nicht an kurzfristiger Abschreckung.

Die aktuellen politischen Entwicklungen stehen nicht für Frieden oder Stabilität, sondern für Ausgrenzung, Verdrängung und die bewusste Inkaufnahme von Leid. Eine verantwortungsvolle Politik muss den Schutz von Menschen ins Zentrum stellen, nicht deren Abschreckung.

Pressekontakt: info@penager.de